Dresdner Nachrichten

33. Jahrgang.
Aufl. 46,000 Exempl.

Dresden. 1888.

D.R.-Patent. Neuheit!
Vollkommenster selbstthätiger, geräuschloser
Thürschliesser.
Fernsprech-Anschluss Nr. **2100.** Prospecte gratis und franco. **18,000** Stück im Gebrauch.
Curt Heinsius, Dresden-N., **Tieckstr. 27.**

Neueste Börsen-Telegramme.

Frankfurt a. M., 13. Febr. (Schluß.) Credit 215⅝, Staatsbahn 174⅞, Lomb. —, Galizier 155,00, Egypter 75,10, 4proz. Ung. Goldrente 77,70, Disconto 187,80. Fest.

Wien, 13. Februar. (Schluß.) Credit 279,60 Staatsbahn 216,50, Lomb. 80,50, Nordwestbahn 133,00, Marknoten 57,15, Ung. Credit 272,50. Behauptet.

Berlin, 13. Febr. (Getreidem.) Weizen matt, loco 157—163, April-Mai 164,50, Juni-Juli 166,00. Roggen matt, loco 109—111, April-Mai 115,00, Juni-Juli 116,00. Mais loco 102—106. Erbsen unverändert. Rüböl Februar 45,00, April-Mai 45,00. Spiritus matt, loco ohne Faß verbraucht 50,70, mit 50 M. Consumsteuer 48,50, mit 70 M. Consumsteuer 31,50 April-Mai 50,00. Petroleum loco verzollt 12,70.

Theater- und Masken-Garderobe I. Ranges
Dominos in schwarz und couleurt
Bertha Streng, Schlossstrasse 24, II.
(Vis-à-vis Herrn Hof-Conditor Adam).
Meinem alten Rufe getreu grösste Sauberkeit und Accuratesse. Pünktliche Besorgung nach auswärts.

Schlossstr. 2, II.

Rath an Erfinder
Diese Broschüre ist kostenfrei zu beziehen von
Patentanwalt Rud. Schmidt, Dresden.
Bureau für Erwirkung deutscher und fremder Patente.

Haus Café Central.

I. u. grösste Masken- u. Theater-Garderobe
Max Jacobi, 2 Galeriestrasse 2 part. und erste Etage.
Dominos in vorzügl. Auswahl für Herren und Damen. Aufträge nach auswärts werden prompt effectuirt.
Telephon Nr. 380.

Theater- und Maskengarderobe-Magazin I. Ranges von **Math. Klemich,** Pilsdrufferstraße 17, II. und III. Et.
Dominos nach neuesten Pariser Modellen in prachtvollen Abendfarben.
Costumes auf Wunsch nach Maass. Versandt nach auswärts prompt.

Nr. 45. Spiegel: Bismarck und Rußland, Bündnißvertrag mit Italien, Haltung der Czechen, Verlängerung der Legislaturperioden. Hofnachrichten, Landtagsverhandl., Vortrag über allg. Schulreform, Typhus in Chemnitz und Zwickau. „Tristan und Isolde". Gemäldegalerie. **Dienstag, 14. Februar.**

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden.

Nachdem die berufensten Zeitungswerkzeuge des Fürsten Bismarck in unzweideutigen Worten der vollen Zuversicht des Kanzlers auf Erhaltung des Weltfriedens Ausdruck verliehen haben, sollte wirklich größere Beruhigung in den Gemüthern und in der Geschäftswelt einkehren. Auf dem Arbeitsmarkte zeigt sich auch bereits größeres Vertrauen in die Zukunft; das menschliche Gemüth stößt aber auf mehr Schwierigkeiten, wieder in's Gleichgewicht zu kommen. Langsam gewöhnt man sich an die tröstliche Gewißheit, die Segnungen des Friedens genießen zu können. Seitens Rußlands hört man jedoch eine Sprache, die wohl geeignet ist, das Vertrauen darauf zu beleben. Es mag ja sein, daß der traurige Zustand seiner an den Westgrenzen aufgehäuften Truppen dem Czarenreiche äußerste Vorsicht gebietet, daß Russen wie Franzosen erkennen, noch lange nicht „fertig zu sein". Man wird auch ferner gut thun, zwischen russischen Worten und Maßregeln zu unterscheiden. Aber es ist unverkennbar, daß die Bismarck'sche Rede einen tiefen Eindruck im Czarenreiche hervorgebracht hat. Der Kraft der Wahrheiten derselben vermögen sich selbst die Panslavisten nicht zu entziehen. Ist ihnen doch durch jene Rede, die eine Waffe, die sie immer als Vorwand ihrer Kriegshetzereien gebrauchten, so zerbrochen worden, daß sie nicht mehr zusammenzuleimen ist! Wir meinen den Vorwurf, daß Bismarck auf dem Berliner Kongresse Rußland um die Früchte seines siegreichen Türkenkrieges gebracht habe. Sie müssen jetzt zugeben, daß Bismarck als Präsident des Kongresses in der Hauptsache nur dasjenige in Vertragsform brachte, was Rußland selbst vorher mit England vereinbart hatte. Alles, was Rußland auf dem Kongresse von den Bestimmungen des Stefanofriedens preisgab, hatte es vorher schon England freiwillig zugestanden. In den wenigen Punkten, die neu auftauchten, verfocht Bismarck das russische Interesse. Eigentlich sollten die Russen das längst schon wissen und wenn sich in Rußland nach Schluß des Berliner Kongresses ein wahres Wuthgeheul gegen Bismarck erhob, der den Berliner Vertrag „diese Offenbachiade, diese Komödie, die Rußland eine Narrenkappe mit Schellen aufgestülpt und ihm eine Ohrfeige versetzt habe", fertig brachte, so ist das nur aus dem Gefühl zu erklären, daß der Mensch, wenn er eine rechte Dummheit gemacht, niemals den Fehler in sich selbst sucht, sondern einen Sündenbock braucht. Hat doch der Panslavist Katkow 5 Jahre nach dem Berliner Vertrag geschrieben: „Wir traten auf dem Kongresse bereits mit einem fertigen Programme auf, und dieses Programm stammte aus London. Alle unsere Zugeständnisse wurden England und nicht Deutschland zu Gefallen gemacht. Dagegen stand in allen noch offenen Fragen Fürst Bismarck stets auf unserer Seite. Den Interessen seines Landes dienend, erschien Bismarck bisweilen russischer selbst als unsere Diplomatie, die keinen nationalen Boden unter seinen Füßen fühlte. Die aus unreiner Quelle stammende Intrigue, der es darauf ankommt, unsere Beziehungen zum Nachbarstaat zu trüben, agitirt jetzt gegen den Berliner Traktat, der uns angeblich vom deutschen Kanzler aufgehalst worden sein soll. Es ist nichts falscher als diese Insinuation. Sogar das Geschick Bosniens und der Herzegowina war längst vor dem Berliner Kongreß entschieden unter Vermittelung nicht des deutschen, sondern des russischen Kanzlers, gelegentlich der Entrevue in Reichsstadt". Gleichwohl war Katkow später einer der ärgsten Kriegshetzer. Jetzt jedoch bringt die Erkenntniß, daß Rußland von Deutschland, besonders von Bismarck, nur Freundliches erfahren hat, in das Bewußtsein des russischen Volks selbst ein. Und da Bismarck in seiner Rede den Russen den Weg andeutete, um ihren Schutzzoll zu verbessern, so spricht Alles dafür, daß Rußland nicht zu Gewaltthätigkeiten schreiten wird und daß seine Friedensbetheuerungen ernst gemeint sind.

Das ist Niemand unangenehmer als den Franzosen. Mit der Veröffentlichung des deutsch-österreichischen Bündnißvertrages ist ihnen umso weniger gedient, als Frankreich scheinbar dabei eine untergeordnete Rolle spielt. Es ist nicht einmal mit Namen genannt. Die Franzosen möchten für ihr Leben gern wissen, was in dem Vertrage steht, den Italien mit den beiden Kaisermächten abgeschlossen hat. Nun hat ein Wiener Blatt die Hauptgrundzüge dieses Dreibundes veröffentlicht. Obwohl es merkwürdig ist, wie das Blatt zu einer als Geheimniß verwahrten Staats-Urkunde gekommen ist, nimmt man doch an, daß die Grundzüge derselben richtig wiedergegeben, wennschon nicht ganz vollständig sind. Die jetzigen Angaben des Wiener Blattes fassen im Grunde nur dasjenige zusammen, was im vorigen Jahre als das Ergebniß der Verhandlungen angenommen war, die anfangs 1887 zwischen den drei Staaten geführt, alsdann Mitte Februar zur Zeit der damaligen deutschen Reichstagswahl durch Unterzeichnung der drei Bündnißverträge in Berlin zum Abschluß gekommen waren und ihre äußere Bestätigung vor der Oeffentlichkeit durch die Verleihung des Schwarzen-Adler-Ordens an den Grafen Robilant am 17. März gefunden haben. Im großen Ganzen kann es jetzt auf Grund dieser drei Verträge als ausgemacht gelten, daß Frankreich, wenn es allein entweder Deutschland oder Italien angreifen sollte, es sofort Deutschland und Italien gemeinsam zu Gegnern haben würde, daß Rußland, wenn es allein entweder Deutschland oder Oesterreich-Ungarn angreifen, diese beiden Staaten zu bekämpfen haben würde, und endlich, daß Rußland und Frankreich, wenn sie gemeinsam auch nur einen einzigen der drei verbündeten Staaten angreifen sollten, alsobald die gesammte Kriegsmacht der drei verbündeten Staaten Deutschland, Oesterreich-Ungarn und Italien herausfordern und zu bekämpfen haben würden. **Dieser mächtige Friedenswall wird hoffentlich genügen, den Ausbruch des Krieges für lange Zeit unmöglich zu machen.**

Der deutsch-österreichische Vertrag selbst soll ursprünglich noch einen vierten Artikel enthalten haben, der seine Giltigkeit auf 7 Jahre festsetzte. Nachdem diese 1886 abgelaufen waren, beantragte der österreichische Minister Graf Kalnoky die Giltigkeit des Bündnisses auf unbestimmte Zeit, worauf Bismarck einging. So wird glaubhaft berichtet. Hingegen hat Bismarck darauf verzichtet, den Bündnißvertrag den Verfassungsurkunden Deutschlands, Oesterreichs und Ungarns einzuverleiben (inartikuliren), was er ursprünglich wollte. Graf Andrassy, der den Vertrag 1879 unterzeichnete, rieth davon ab. Um den Vertrag den Staatsgrundgesetzen der betheiligten Staaten einzuverleiben, hätte man ihn doch zuvor veröffentlichen müssen; das war aber 1879 nicht angezeigt und die Berathung darüber hätte bei dem gespannten Nationalitätsverhältnisse Oesterreichs unliebsame Debatten hervorgerufen. Auch jetzt hat der aus gutdeutscher Gesinnung entsprungene Antrag des Abg. Dr. Knotz, der österreichischen Verfassungsurkunde den Bündnißvertrag einzuverleiben, keine Aussicht auf Erfolg. Der Knotz'sche Antrag wird sogar nicht zur ersten Lesung im Wiener Reichsrath kommen; man will vermeiden, daß dieser für den Bestand, die Großmachtstellung und das Gedeihen Oesterreichs so wichtige Vertrag den Gegenstand von Parteidemonstrationen im Parlament abgiebt. Auffällig ist jedoch ein Umstand. Als dieser Bündnißvertrag im Wiener Reichsrathe anläßlich des Handelsvertrages zur Sprache kam, äußerten nur Sprecher aus den Reihen der Deutschen ihre volle Zustimmung zu demselben. Aber kein Mitglied der regierungsfreundlichen Mehrheit hatte ein Wort dafür, weder von der Aristokratie, noch den Ultramontanen, noch den Polen, noch den Altczechen. Sie alle überließen das Feld dem Jungczechen Herold, der seinem Deutschenhaß ein Mäntchen that und der, ohne ein Wort des Widerspruchs seitens der Regierungsmehrheit hervorzurufen, wagen durfte, den Bündnißvertrag, den der Kaiser von Oesterreich mit Deutschland abgeschlossen und erneuert hat, als eine Degradirung Oesterreichs zu schmähen. „Wir Czechen sind nicht enthusiasmirt für den Vertrag", sperzte sich jener Wenzelssohn. Sprach der Jungczeche auch Namens der Altczechen? Das „Wir Czechen" ist höchst verdächtig. Gern ist zu glauben, daß Graf Taaffe an dem Bündniß mit Deutschland festhält, zumal er sich dabei auf die Deutschen stützen kann; aber da diese in der Minderheit sind und von den Slaven immer mehr be- und verdrängt werden, so muß Graf Taaffe noch den Beweis bringen, ob für alle Zeiten ein immer mehr verslavendes Oesterreich mit dem deutschen Bündniß zu vereinigen ist? Am guten Willen des Grafen geht uns nicht der mindeste Zweifel bei, aber ob er immer die Macht dazu besitzen wird? Das völlige Stillschweigen der Taaffe'schen Regierungspartei bei diesem wichtigen Anlasse, die dem jungczechischen Deutschenhaß uneingeschränkt das Feld überließ, hat das Taaffe'sche Regierungssystem Deutschland gegenüber bloßgestellt.

In der vergangenen Woche beschäftigte sich der deutsche Reichstag und der preußische Landtag vorzugsweise mit den Anträgen, für das Reich und für Preußen die Gesetzgebungsperiode auf 5 Jahre zu verlängern. Wie viel unnöthiger Staub wurde dabei aufgewirbelt, wieviel Komödie gespielt! Dieselben Parteien, die früher diese Maßregel als dringend nothwendig gefordert hatten, zeterten jetzt dagegen. Deutschfreisinnige und Klerikale wollten der Welt weiß machen, als ob eine Verkürzung der Volksrechte bevorstände, wenn die Gelegenheit zu aufregenden Wahlwühlereien etwas beschränkt würde! Um ihre Sinnesänderung zu maskiren, wollten sie den Antrag mit Dingen belasten, die nur im losen Zusammenhang damit stehen. Sie verlangten für den Reichstag Diäten, für den preußischen Landtag geheime Abstimmung (Bis jetzt muß nämlich der preußische Landtagswähler laut zu Protokoll erklären, wem er seine Stimme giebt). Beides hat durchaus unsern Beifall, aber Nichts hindert jene Parteien, diese wünschenswerthen Verbesserungen für sich besonders zu beantragen. Ihre Verquickung mit dem Antrag auf Verlängerung der Legislaturperiode soll letzterem nur einen Knüppel zwischen die Beine werfen. Die Absicht war klar, wurde aber vereitelt. Deutschfreisinnige und Klerikale wissen recht gut, daß die Verlängerung der Legislaturperioden dem Volke erwünscht ist. Darum waren sie selbst gar nicht so eifrig in der Abwehr dieses Antrages. Vom Centrum fehlten bei der entscheidenden Abstimmung 45 Abgg., also beinahe die Hälfte, von den Sozialdemokraten 8, darunter 7 ohne Entschuldigung, von den Deutschfreisinnigen 6. Da die Kartellmehrheit im Reichstag nur 20 Stimmen beträgt, der Antrag aber mit ⅔ Mehrheit (183:95) durchging, so sieht man, in welchem Mißverhältniß die tönenden Phrasen über den Angriff auf die Volksrechte mit der Gleichgiltigkeit stehen, womit die Parteigenossen der deutschfreisinnigen und klerikalen Redner im Reichstag einen angeblich so verhängnißvollen Beschluß mit solcher Mehrheit zu Stande kommen ließen. Selbst der große Eugen Richter fehlte und hielt es nicht einmal der Mühe werth, sich zu entschuldigen.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 13. Febr.

Berlin. Der Reichstag beanstandete die Wahl Henneberg's und berieth in zweiter Lesung das Sozialistengesetz. Die Kommission schlägt eine zweijährige Verlängerung vor. Abg. Hegel (kons.): Seine Freunde verzichteten nur nothgehorchend, nicht dem eigenen Triebe, auf eine längere Geltungsdauer und Verschärfungen des Sozialistengesetzes. Das Gesetz könne nicht früher aufgehoben werden, als nicht die Veranlassung zu demselben beseitigt sei oder etwas Besseres als dieses Gesetz vorliege. Hoffentlich werde es nach 2 Jahren möglich sein, die Verschärfungen durchzusetzen. Sollte das Gesetz seinen Zweck nicht erreichen, so könne man der Regierung keinen Vorwurf machen. Die Bewegung solle nicht durch Polizeimaßregeln allein bekämpft werden. Seine Partei lege das Höchstgewicht auf die Besserung der Lage der Arbeiter. — Abg. Dr. Windthorst: Vorredner wolle den Umsturz bekämpfen, aber viele vom Reichstag beschlossene, noch bevorstehende Gesetze seien auf den Umsturz berechnet. Wenn man Lasalle und Dr. Wagner lese, so könne man nicht unterscheiden, was berechtigt und was unberechtigt sei. Das Gesetz sei nutzlos, was die Forderung der weiteren Verschärfungen beweise. Man solle die Schule der Kirche überlassen, die Kirche entfesseln. Die Regierung habe selbst mit geholfen, daß dem Volke die Religion aus dem Herzen gerissen worden sei. Windthorst befürwortet zum Schluß, seine Resolution durch Abänderung des gemeinen Reichsrechts, das Ausnahmegesetz überflüssig zu machen. — Minister v. Puttkamer: Wenn Windthorst frage, wo die Grenze für die sozialdemokratische Bestrebung zu finden sei, so erinnere er daran, daß bereits 1878 der Grundsatz aufgestellt wurde, daß die Sozialdemokratie zu bekämpfen sei, wo sie das Gebiet der bloßen Theorie verlasse. Die Sozialdemokraten hätten selbst erklärt, sie wollten das persönliche Eigenthum aufheben und die Grundlagen der bestehenden Gesellschaftsordnung beseitigen. Das Gesetz habe die Extremsten, wie Most und Genossen, aus dem Lande getrieben. Der Minister protestirt gegen die Behauptung, daß die Regierung die Religion im Volke vernichtet habe. Die Regierungen würden das Gesetz auch mit zweijähriger Giltigkeitsdauer annehmen müssen. — Abg. Träger (freis.) ist gegen jede Verlängerung des Gesetzes, das angesichts der bestehenden Gesetze überflüssig sei. Für die Bekämpfung der ungerechten Forderungen der Sozialdemokratie genüge das gemeine Recht. — Abg. Robbe (Reichspartei) ist für die 3jährige Verlängerung, aber gegen die Expatriirungsmaßregel. Den besten Schutz gegen die Sozialdemokratie werde freilich die Sozialreform und der Schutz der nationalen Arbeit und Arbeiter bilden. — Abg. Bebel erwiedert auf die Citirung einer Broschüre Christiensen's durch v. Puttkamer, daß die in der Broschüre enthaltenen Gedanken bereits viel geistreicher in ganzen Bibliotheken ausgesprochen seien. Der Atheismus sei keine sozialdemokratische Erfindung. Er erinnere nur an die Encyclopädisten, an unsere Philosophen, darunter den Großvater des Abg. Hegel. Friedrich II. war ein Freund des Atheisten Voltaire. — Abg. Marquardsen (nl.) hofft, daß es nach zwei Jahren möglich sein werde, einen dauernden normalen Zustand zu beschaffen, der das Ausnahmegesetz überflüssig mache. Die Diskussion wird geschlossen, die Verlängerung auf 5 Jahre gegen die Stimmen der Konservativen und der Reichspartei abgelehnt, die zweijährige Verlängerung mit 164 gegen 80 St. angenommen. Die Weiterberathung wird auf morgen vertagt.

Berlin. Das Abgeordnetenhaus nahm definitiv die Verlängerung der Legislaturperioden an. An der ausgedehnten Debatte betheiligte sich auch Stöcker. Derselbe rechtfertigte gegenüber den Angriffen der Linken seine Stellung zur Judenfrage.

Berlin. Amtlich: Im Verhältniß sind die Wunde und das Allgemeinbefinden des Kronprinzen ebenso befriedigend wie gestern. Der Kronprinz verließ gestern 3 Stunden das Bett. Die „Nat. Ztg." fügt hinzu: Dies ist ihm so gut bekommen, daß er heute wieder aufstehen wird, und zwar voraussichtlich auf längere Zeit. Ueber die Beobachtungen beim Einblick des Kehlkopfs herrscht der „Voss. Ztg." zufolge tiefes Schweigen.

San Remo. Se. K. K. Hoheit der Kronprinz hat gestern 3 Stunden sitzend zugebracht. Die Nacht verlief gut. Appetit ist vorhanden. Keinerlei Anzeichen von Fieber oder von Bronchialerscheinungen haben sich eingestellt.

Paris, 13. Februar. (Schluß.) Rente 81,75. Anleihe 106,70. Italiener 93,10, Staatsbahn 432,50. Lombarden 176,25, do. Prioritäten —,—. Spanier 67,18, Egypter 379,37. Ottomanen 501,66. Neue Anleihe —. Türken —. Fest.

London, 13. Februar, Vorm. 11 Uhr 10 Min. Consols 102 1/16. 1873er Russen 91 1/16. Italiener 91 1/16. Lombarden 7 1/16. Konv. Türken 13 1/16. 4proz. fundirte Amerikaner 129 1/16. 4proz. Ungar. Goldrente 79 1/16. Oesterr. Goldrente 86. Preuß. Consols 105 1/16. Egypter 74 1/16. Neue Egypter 101 1/16. Garant. Egypter 102 1/16. Ottomanbank 9 9/16. Suez-Actien 85 1/16. Spanier 69 1/16. — Stimmung: Ruhig. — Wetter: Frost.

Amsterdam, 13. Februar. Produkten (Schluß). Weizen per März 190, per Mai —, weichend. Roggen per März 103, per Mai 102, weichend.

London, 13. Februar. (Produkten) Schluß. Weizen ruhig, eher stetiger, englischer Weizen jedoch ½ Sch. gegen vorige Woche gewichen. Mehl weichend, Malzgerste stetig, Mahlgerste ½ Sch. billiger, Hafer fest, Mais ruhig.

Lokales und Sächsisches.

— Se. Majestät der König nahm gestern Vormittag die Vorträge der Herren Staatsminister und Departementschefs, sowie des Herrn Geh. Rath Bär entgegen. Nachmittag 5 Uhr fand Hoftafel statt, an welcher Se. Kgl. Hoheit Prinz Georg nebst hoher Familie mit Ausnahme Ihrer K. K. Hoheit der Erzherzogin Josepha, welche sich etwas unwohl fühlte, sowie die hier anwesenden Gäste Kgl. Hoheiten Prinz und Prinzessin von Mecklenburg, der preußische und österreichische Gesandte Theil nahmen. Nach derselben besuchten sämmtliche Theilnehmer der Hoftafel als auch Ihre K. K. Hoheit die Frau Erzherzogin Josepha die Vorstellung im Neustädter Theater.

— Die Ankunft Sr. Hoheit des Herzogs Johann Albrecht und Gemahlin von Mecklenburg-Schwerin erfolgte am Sonntag Abend 6 Uhr 11 Minuten auf dem Berliner Bahnhofe zu Friedrichstadt, woselbst sie im Auftrage Sr. Majestät des Königs von Herrn Oberceremonienmeister Freiherrn v. Miltitz empfangen und in Hofequipagen nach dem Königl. Schlosse geleitet wurden. Die hohen Gäste werden hier mehrere Tage Aufenthalt nehmen und sich heute Abend am Fastnachtsballe betheiligen. Direkt nach ihrer Ankunft nahmen die Mecklenburg'schen Herrschaften an der bereits erwähnten Ballsoirée, zu welcher von fürstlichen Personen, außer den Königl. Majestäten, Prinz Georg mit hoher Familie, Fürst Heinrich XIV. von Reuß-Gera, Prinz Albert von Sachsen-Altenburg nebst Gemahlin, die Prinzessinnen Luise und Feodora zu Schleswig-Holstein und die das Vitzthum'sche Gymnasium besuchenden Prinzen von Mecklenburg erschienen waren, Theil. Im Gefolge der Mecklenburg'schen Herrschaften befanden sich die Hofdame Gräfin v. Bassewitz und Premierleutnant v. Blücher. Zum Ehrendienst der Frau Herzogin ist Herr Kammerherr Graf Moritz Wallwitz zugetheilt.

— Den Kammerherrendienst bei Sr. Majestät dem König hat bis mit 25. d. Kammerherr Graf Einsiedel.

— Dem Expedienten Andreas Tieroff bei der Königl. Porzellan-Manufaktur zu Meißen wie dem Postichaffner Gottlieb Härtel in Chemnitz wurde das Allgem. Ehrenzeichen verliehen.

— Der hiesige russische Gesandte Baron v. Mengden wurde am 10. vom Prinzregenten von Braunschweig empfangen. Zu Ehren des Gastes fand ein Galadiner im Residenzschlosse statt.

— Landtag. Beide Kammern hielten gestern kurze Sitzungen ab. In der 2. Kammer erklärte Abg. Bramsch vor Eintritt in die Tagesordnung in Bezug auf die seitens des sozialdem. Abg. Kaden in der Cultusdebatte gethane Aeußerung, in der Gemeinde Cotta hätten die Grundbesitzer die Hälfte der Schuldotationen für sich in Anspruch genommen, daß diese Behauptung, wie ein ihm zugegangenes Schreiben des dortigen Gemeinderathes darlege, jeder Begründung entbehre. Das Geld sei im Interesse der Schulgemeinde verwendet worden. Er selbst sei Grundbesitzer in Cotta, doch sei ihm von einem Erlaß der Grundsteuer nichts bekannt. Abg. v. Bosse erstattet sodann anderweiten Bericht über den Gesetzentwurf behufs Fürsorge für Beamte in Folge von Betriebsunfällen. Er beantragt Ablehnung des von der 1. Kammer angenommenen Amendements, „die Regierung zu ermächtigen, denjenigen Beamten der Staats- und Civilverwaltung, welche im Dienste, jedoch nicht in einem gesetzlich der Unfallversicherung unterliegenden Betriebe, einen Unfall erleiden, sowie den Hinterbliebenen derselben unter den Voraussetzungen und nach Maßgabe des erwähnten Gesetzes die in demselben vorgesehenen Bezüge aus der Staatskasse zu gewähren, sofern nicht diesen Beamten nach anderweiter Bestimmung ein höherer Betrag zusteht." Die Deputation hofft, hierdurch im Vereinigungsverfahren, zu einem sachlich gleichbedeutenden, formell aber präciser gefaßten Beschluß zu kommen. In diesem Sinne stimmt die Kammer dem

Confirmanden-Anzüge von 17-40 M.
Robert Eger & Sohn, Frauenstrasse 11.